Preußische Gesetzsammlung

1934 Ausgegeben zu Berlin, den 16. Februar 1934

Tag

Tag

Thalt:

Seite
15. 2. 34. Geset zur Anderung ves Gesetes über den Krovinzialtrat

57
16. 2. 34. Verordnung über die Zahl der Mitglieder der Krovinzialträt

6. 2. 34. Zweite Verordnung zur Anderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchsührung des Gaschättengesetes vom 28. April 1930

6. 2. 34. Verordnung zur Mänderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Auchsührung des Gaschättengesetes vom 28. April 1930

6. 2. 34. Verordnung zur Mänderung der Verordnung vom 1. Oktober 1931 zur Regelung der Zuständigkeit der Landess und Kreispolizeibehörden

6. 2. 34. Polizeiverordnung zur Anderung der Polizeiverordnung über das Leichenwesen vom 18. April 1933

12. 2. 34. Verlantmachung über das Inkrastreten des Gesetes, betr. die Errichtung der Stistung "Preußenshaus", vom 26. Oktober 1933

Hin weis auf nicht in der Gesetsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

Helanntmachung der nach dem Gesets vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten

(Rr. 14074.) Gefet gur Anderung des Gefetes über den Provinzialrat. Bom 15. Februar 1934.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

II delicite drive III lettrik ruschi Artifel I.C dan "todloknigette nod redli astelett

Das Gesetz über den Provinzialrat vom 17. Juli 1933 (Gesetzsamml. S. 254) wird wie folgt geändert:

a) § 2 erhält nachstehende Fassung:

8 2

Den Provinzialrat bilden:

- 1. fraft ihres Amtes neben dem Oberpräsidenten und dem Vizepräsidenten des Oberpräsidiums die in der Provinz wohnhaften, vom Ministerpräsidenten ernannten Staatsräte (§ 5 des Gesetzes über den Staatsrat vom 8. Juli 1933 Gesetzsamml. S. 241 —), die Regierungspräsidenten der Provinz und der Landesbaubtmann:
- 2. kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten sonstige in der Provinz wohnhafte Männer.
- b) § 5 erhält nachstehende Fassung:

§ 5.

- (1) Der Ministerpräsident bestimmt die Zahl der nach § 2 Nr. 2 zu ernennenden Provinzialräte durch Verordnung. Die Verordnung ist in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen.
- (2) Zu Provinzialräten ernennt der Ministerpräsident den rangältesten Amtswalter, den rangältesten Führer der Sturmabteilungen und den rangältesten Führer der Schutzstaffeln der NSDAB. in der Provinz, welche dem Provinzialrate nicht bereits in ihrer Eigenschaft als Staatsrat angehören, sowie um Staat und Volk sonst verdiente Männer der Provinz.
- (3) Bei der Zusammensetzung des Provinzialrats soll dem wirtschaftlichen Aufbaue der Provinz und den Besonderheiten der Geschäfte des Provinzialverbandes Rechnung getragen werden; demzufolge ift auf Auswahl geeigneter Fachleute und leitender Beamten der Gemeinden sowie der Landkreise Bedacht zu nehmen.

c) § 6 erhält nachstehende Fassung:

§ 6.

- (1) Der Oberpräsident, der Bizepräsident des Oberpräsidiums, die Regierungs= präsidenten, die Staatsräte und der Landeshauptmann sowie die auf Grund ihres Amtes in der nationalsozialistischen Bewegung berufenen Provinzialräte gehören dem Provinzialrate für die Dauer ihres Umtes an. Die übrigen Provinzialräte werden auf die Dauer von sechs Jahren berufen. Von diesen scheidet alle zwei Jahre ein Drittel aus. Wiederberufung ist zulässig. Scheidet ein Provinzialrat vor Ablauf der Amtszeit aus, so wird für deren Rest ein Ersatzmann berufen. Die Zugehörigkeit der auf sechs Jahre berufenen Provinzialräte zum Provinzialrat erlischt, wenn der Ministerpräsident feststellt, daß die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, auf Grund deren sie ernannt sind.
- (2) Die Mitgliedschaft erlischt ferner, wenn der Ministerpräsident einem Provinzialrate das Anerkenntnis unverletter Ehrenhaftigkeit oder eines der Würde des Provinzialrats entsprechenden Lebenswandels oder Berhaltens verfagt.
- d) § 7 Abs. 1 erhält nachstehende Fassung:
- (1) Der Oberpräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Vizepräsidenten des Oberpräsidiums vertreten.
 - e) Die Anlage des Gesetzes fällt fort.

Deer rounded at most including Artifel II. and and punched and display In dem Gesetze zur Anderung des Gesetzes über den Staatsrat und des Gesetzes über den Provinzialrat vom 31. Juli 1933 (Gesetssamml. S. 289) werden in der überschrift die Worte "und des Gesetzes über den Provinzialrat" und Artikel II gestrichen; Artikel III wird Artikel II.

Artifel III.

Das Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 30. Januar 1934.

Das Preußische Staatsministerium.

Göring

zugleich als Minister bes Innern.

Im Namen des Reichs verkünde ich für den Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 15. Februar 1934.

an extrarer ver Winsiferpräfidenr den romanlieften Amts.

Der Preußische Ministerpräsident. nennenden Propinsialräte b.gring Göring. Gelege

(Rr. 14075.) Berordnung über die Zahl ber Mitglieder ber Provinzialräte. Bom 16. Februar 1934.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Gesetzes über den Provinzialrat vom 17. Juli 1933 (Gesetzfamml. S. 254) in der Fassung des Gesetzes zur Anderung des Gesetzes über den Provinzialrat vom 15. Februar 1934 (Gesetzsamml. S. 57) wird folgendes verordnet:

Die Zahl der von mir zu ernennenden Mitglieder des Provinzialrats wird wie folgt festgesett:

Provinz Mitglieder Mitglieder
Ostpreußen
~ lettern Dates .
Brandenburg
Bommern
Specificant de les contestantes
Riederschlesien
Oberschlesien
。
Catallett
Schleswig-Holftein
designation of the state of the
Guintott
Weftfalen
Rheinproving at. grade the flowers with floor and ? to the grand 26 ft and 26
Heffen-Maffau

Berlin, den 16. Februar 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

(Ar. 14076.) Zweite Verordnung zur Anderung ber Verordnung vom 18. Juni 1930 (Gesehsamml. S. 117) zur Durchführung des Gaststättengesehes vom 28. April 1930 (Reichsgesehbl. I S. 146). Vom 6. Februar 1934.

Auf Grund des § 18 des Gaftstättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzel. I S. 146) wird folgendes verordnet:

8 1.

Im Abschnitt I Ziffer 1 der Verordnung vom 18. Juni 1930 (Gesetsfamml. S. 117) werden die Buchstaben a und b durch folgende Vorschrift ersetzt:

- a) in erster Instanz das Kreisberwaltungsgericht (Stadtverwaltungsgericht);
- b) in zweiter Instanz das Bezirksverwaltungsgericht.

8 2

Abschnitt II Ziffer 1 der Verordnung erhält folgende Fassung:

Die auf Grund von Abschnitt I Ziffer 1 zu fällenden Entscheidungen sind im Verwaltungsstreitverfahren zu treffen.

\$ 3.

Im Abschnitt II Ziffer 2 ist der letzte Satz zu streichen.

§ 4.

Im Abschnitt II Ziffer 6 Sat 3 und 4 ist an Stelle "Bezirksausschusses" bzw. "Bezirksausschuß" zu setzen "Bezirksverwaltungsgerichts" bzw. Bezirksverwaltungsgericht".

8 5.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1934.

Der Preußische Minister des Innern.

In Vertretung: Grauert.

(Rr. 14077.) Berordnung zur Abänderung ber Berordnung vom 1. Oktober 1931 zur Regelung der Zuständigkeit ber Landes= und Kreispolizeibehörden. Bom 6. Februar 1934.

Auf Grund des § 3 Abs. 5 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird folgendes bestimmt:

8 1.

Der § 2 der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit der Landes= und Kreispolizei= behörden vom 1. Oktober 1931 (Gesetzsamml. S. 213) erhält folgende Fassung:

Die Kreispolizeibehörden (§ 3 Abs. 2 PBG.) sind zuständig für die Angelegenheiten der Verkehrspolizei.

\$ 2.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Beröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1934.

Der Preußische Minister des Innern.

In Vertretung: Grauert.

(Nr. 14078.) Polizeiverordnung zur Anderung der Polizeiverordnung über das Leichenwesen vom 18. April 1933 (Gesetziamml. S. 149). Bom 6. Februar 1934.

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird für den Umfang des preußischen Staatsgebiets folgendes verordnet:

a) in extex Julians das Kreisbertvolliurd ericht (Stadtvervallungsgericht);

Im § 2 Abs. 3 ist statt "spätestens 24 Stunden nach dem Tode" zu setzen "spätestens 36 Stunden nach dem Tode".

\$ 2.

Der § 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

(4) Als öffentliche Leichenhallen im Sinne dieser Bestimmungen sind Leichenhallen auf Friedhösen und in Krematorien anzusehen. An die Stelle der öffentlichen Leichenhallen können die Leichenhallen der Krankenhäuser treten.

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1934.

Der Preußische Minister des Innern.

In Vertretung: Granert.

(Mr. 14079.) Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Gesetz, betr. die Errichtung der Stiftung "Preußenhaus", vom 26. Oktober 1933 (Gesetziamml. S. 403). Bom 12. Februar 1934.

Das Gesetz, betr. die Errichtung der Stiftung "Preußenhaus", vom 26. Oktober 1933 (Gesetzsamml. S. 403) tritt am 1. April 1934 in Kraft.

Berlin, den 12. Februar 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.

ducch das Amisblan der Regisvung in.gning & St. 5 S. 13, ausgegeben am S. Februar 1984

Hinweis auf nicht in der Gesetsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 bes Gefețes vom 9. Auguft 1924 — Gefetfamml. C. 597).

Die Ausführungsanweisung vom 18. Januar 1934 zu dem Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen vom 18. Dezember 1933 (Gesetzsamml. S. 493) ist in dem Ministerialblatte für Wirtschaft und Arbeit Nr. 2 vom 31. Januar 1934 erschienen.

Berlin, den 10. Februar 1934.

Preußisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Hinweis auf nicht in der Gesetziammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preußischer Minister

(§ 35 des Polizeiberwaltungsgesetes bom 1. Juni 1931 — Gesetsamml. S. 77 —).

In den Amtsblättern der Regierungen zu Lüneburg Stück 43 und Schleswig Stück 44 — je Sonderbeilage — und Stade Stück 49 S. 202 bis 204, fämtlich von 1933, ist eine Polizeiverordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit, des Ministers des Innern und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg vom 1. Juli 1933, betreffend Anderung der Hafenordnung für den Hasen Hamburg vom 14. März 1930, veröffentlicht worden.

Berlin, den 2. Februar 1934.

Theiland Brenfilder Wel-Markenblig.

Preußisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Bekanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 21. Dezember 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen zum Bau einer Anschlußleitung von der bestehenden Gassernleitung zu dem Fabrikgebäude der Firma B. F. Klingelnberg Söhne in Remscheid

durch das Amtsblatt der Regierung in Düffelborf Nr. 1 S. 1, ausgegeben am 6. Januar 1934;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Dezember 1933 über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Kurs und Neumärkischen Kittersschaftlichen Darlehnskasse

durch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam Nr. 3 S. 9, ausgegeben am 20. Januar 1934;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Dezember 1933 über die Genehmigung einer Anderung der Sahung der Schleswig-Holsteinischen Landschaft durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 3 S. 9, ausgegeben am 20. Januar 1934;

4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 10. Januar 1934 über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Braunschweigischen Kohlenbergwerke Helmstedt in Helmstedt für den Bau einer elektrischen Schmalspurbahn zur Kohlen- und Aschenbeförderung zwischen dem Dampstraftwerke Harbke und den Braunkohletagebauen bei Wulfersdorf

durch das Amtsblatt der Regierung in Magdeburg Nr. 5 S. 13, ausgegeben am 3. Februar 1934;

5. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 12. Januar 1934 über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Schlesischen Landschaft über die Ausgabe fünsprozentiger Schlesischer Landschaftlicher Goldpfandbriefe (Liquidationspfandbriefe)

durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 5 S. 25, ausgegeben am 3. Februar 1934.

Die Ausführungsandreisung dem 18. Fannar 1934 zu dem Geset über die Beaufschrigung von unterirdischen Minexalgewinnungsbetrieben und Atekahrungen dem 18. Dozember 1933 (Gesesjamm). Schöft in dem Ministerialblatte sür Wirtschaft und Arbeit Ar. I vom II. Fonnar 1934 erschienen. Berlin, den IO. Februar 1934

preugiloes Vincherium für Wirtschaft und Arbeit

Die amtlich genehmigte

Einbanddede zur Preußischen Geseksammlung

liegt vor. Für die Jahrgänge 1920—1932 sind noch Restbestände der Einbandbecke vorhanden.
Iden die Jahrgänge 1920—1932 sind noch Restbestände der Einbandbecke vorhanden.

Bon ben Jahrgängen 1920—1983 hält ber Berlag in die amtlich genehmigte Einbandbede gebundene Stude vorrätig.

Bon den **Haubisachverzeichnissen 1884/1913 und 1914/1925** sind noch Bestände vorhanden die zu dem **ermäßigten Breise** von 1,— bezw. 2,— AM verkauft werden. Bezug durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Berlag.

Berlin W. 9 Lintstraße 35 R. v. Deder's Verlag, G. Schend

Abteilung Preußische Gesetzsammlung.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei und

Nach Lerfchrift des Geiches vom 10. April 1878 (Deschjammil. E. 257) find befannigemacht:

Verlag: A. v. Decker's Berlag, G. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postscheckkonto Berlin 9059.) Den laufenden Bezug der Preußischen Gesehsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— MM vierteljährlich); einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Breis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.